

Wahlprüfsteine

1. Bibliotheken als Wissens- und Digitalorte

1.1. Wie wird Ihre Partei öffentliche und wissenschaftliche Bibliotheken in die Digitalisierungsstrategie(n) des Landes einbeziehen?

1.2. Wird Ihre Partei bestehende Förderprogramme zur Herstellung einer qualitativ hochwertigen (digitalen) Bibliotheksversorgung fortführen? Welche neuen Förderformate werden sie schaffen und dauerhaft etablieren?

Öffentliche Bibliotheken waren schon immer und werden auch in Zukunft ein wichtiges Element kommunalen Daseinsvorsorge sein. Wissenschaftliche wie öffentliche Bibliotheken haben den Auftrag, den Zugang zu Informationen und Medien zu ermöglichen und die gesellschaftliche Teilhabe zu fördern. Aus Sicht der SPD muss die Nutzung daher möglichst gebührenfrei sein.

Alle Bibliotheken leisten als Teil der sozialen und kulturellen Infrastruktur einen wesentlichen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit. Die SPD vertritt die Ansicht, dass öffentliche und wissenschaftliche Bibliotheken in alle sie betreffende Strategien des Landes eingezogen werden müssen und eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung brauchen. Um neue Förderformate zu etablieren und eine hochwertige Bibliotheksversorgung zu erreichen, brauchen wir in Hessen endlich einen Bibliotheksentwicklungsplan, in dem die Entwicklung eines nutzerfreundlichen, flächendeckenden und regional ausgewogenen Bibliotheksnetzes konkretisiert wird.

2. Digitalisierung und digitale Medien in öffentlichen Bibliotheken

2.1. Wie wird Ihre Partei die öffentlichen Bibliotheken auf dem Weg der Digitalisierung und der digitalen Bildung fördern und beim Abbau von Defiziten im Bereich der digitalen Bildungsinfrastruktur im ländlichen Raum helfen?

Soziale Teilhabe bedeutet für uns auch digitale Teilhabe. Um allen Menschen den Zugang zur Digitalisierung zu ermöglichen, müssen Konzepte für digitale Zentren ohne Hürden entwickelt werden, in denen ein kostenloser Zugang zu Computern, Druckern

und WLAN geboten wird und es Unterstützungsangebote für die Nutzung gibt.

Durch welche Maßnahmen wird Ihre Partei den OnleiheVerbundHessen bei der hessenweiten Bereitstellung von digitalen Medien unterstützen und wie kann eine nachhaltige Förderung personeller und finanzieller Art aussehen?

Die SPD unterstützt den OnleiheVerbundHessen, weil für dessen Nutzung keine Kosten pro ausgeliehenem Medium anfallen und jederzeit über einen Internetterminal oder -anschluss auf digitale Medien zugegriffen werden kann. In Hessen sollten alle Bibliotheken über ein entsprechendes Angebot verfügen. Die Förderung durch das Ministerium für Wissenschaft und Kunst werden wir fortsetzen.

3. Gestaltung des digitalen Wandels in Forschung und Lehre

3.1. Welche Möglichkeiten sehen Sie angesichts der rapide gestiegenen Kosten der Lizenzierung digitaler Informationen über das hebis-Konsortium zu unterstützen und die jährliche Zuweisung zu erhöhen?

3.2. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um die im Digitalpakt Hochschulen projektierten Vorhaben QIP (Qualität, Innovation, Planbarkeit: Migration des hebis-Verbundes auf ein neues Bibliotheksmanagementsystem) und LaVaH II (Langzeitverfügbarkeit digitaler Inhalte an hessischen Hochschulen) in eine dauerhafte Finanzierung zu überführen?

Um die Hochschulen bei der Digitalisierung als Querschnittsaufgabe für Forschung und Lehre besser zu unterstützen, werden wir die Mittel des Digitalpakts aufstocken. Über die Höhe und Verteilung der Mittel werden wir mit den Hochschulen sprechen.

Wir wollen, dass auch Forschung und Lehre an unseren Hochschulen fit werden für eine digital geprägte Welt. Moderne Hochschulen müssen Wissen entwickeln und vermitteln, wie etwa KI, Algorithmen oder Datenökonomie funktionieren, welche wissenschaftsethischen sowie Innovationsfelder daraus entstehen und welche Veränderungen dies für die eigenen Berufsfelder bedeutet. Gemeinsam mit den Hochschulen wollen wir innovative Ansätze entwickeln, die durch best-practice-Austausch, fachübergreifende Kurse und einen Austausch mit der beruflichen Praxis unterstützt werden.

4. Politische und finanzielle Unterstützung der Open Access Transformation

4.1. Welche politischen Schritte werden Sie unternehmen, um die Bereitstellung von Forschungsergebnissen im Open Access in Hessen zu fördern und nachhaltig zu unterstützen? Wie stellen Sie sicher, dass Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Bibliotheken die Unterstützung und Ressourcen

erhalten, die sie benötigen, um Open Access erfolgreich umzusetzen?

4.2. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die unterschiedlichen finanziellen Belastungen durch die im Rahmen der Open Access-Transformation aufkommenden Publikationskosten auszugleichen und sicherzustellen, dass alle Hochschulen unabhängig von ihrer Publikationsstärke gleichberechtigten Zugang zu den Ressourcen erhalten?

Die SPD setzt sich auf Bundesebene dafür ein, Open Access als gemeinsamen Standard im Bereich Innovation, Wissenschaft, Forschung und Hochschule zu etablieren. Landesregelungen halten wir für wenig zielführend. Die Ampelkoalition hat sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, ein Forschungsdatengesetz zu verabschieden, über das nicht nur öffentliche, sondern auch privat finanzierte Forschungsdaten der Öffentlichkeit und damit auch allen Hochschulen zugänglich gemacht werden sollen, um die Stärkung von Open Access und Open Science zu stärken. Das Ziel gemeinsame Standards zu etablieren, werden wir in Hessen in Regierungsverantwortung vorantreiben.

5. Bibliothekszugang für Bürgerinnen und Bürger

5.1 Unterstützt Ihre Partei die Möglichkeit einer Sonntagsöffnung von öffentlichen Bibliotheken und wird sie sich auf Bundesebene für eine Änderung des Bundesarbeitszeitgesetzes einsetzen?

Wir lehnen zwar eine generelle Sonntagsöffnung für Bibliotheken ab, können aber den Wunsch von Menschen, den Sonntag nicht nur für Besuche in Museen oder Theatern, sondern eben auch in Bibliotheken gut verstehen. Dennoch wäre davon Arbeitnehmerrechte tangiert, die wir schützen möchten. Seit den Urteilen durch das Verwaltungsgericht in Kassel und des Bundesgerichtshofes sind auch einige andere Ausnahmen vom Sonntagsarbeitsverbot in der Hessischen Bedarfsgewerbeverordnung, in die eben erstmals auch Bibliotheken aufgenommen wurden, für nichtig erklärt worden. Es wäre zwar durchaus möglich, das Arbeitszeitgesetz anzupassen, etwa durch Aufnahme des Begriffs „Bibliotheken“ anstelle von „wissenschaftlichen Präsenzbibliotheken“, aber dies könnte zur Folge haben, dass auch andere Branchen für sich reklamieren, in die Ausnahmetatbestände des Bundesgesetzgebers aufgenommen zu werden. Denkbar wären für uns Modellprojekte, die ohne hauptamtliches Personal auskommen.

5.2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Bibliotheken bei der Ausweitung der Öffnungszeiten mittels „Open Library“ zu unterstützen?

Die Ergebnisse aus dem in Frankfurt in zwei Bibliotheken eingeführten Modellprojekt „Open Library“ sollen evaluiert und auf dieser Basis weitere Möglichkeiten der Nutzung

von Bibliotheken außerhalb der regulären Öffnungszeiten geprüft werden. Dies erfolgt mit dem Ziel Kultur noch zugänglicher zu machen und kulturelle Teilhabe nachhaltig zu ermöglichen.

6. Bibliotheksversorgung und Bibliotheksförderung öffentlicher Bibliotheken

6.1. Inwieweit setzt sich ihre Partei für eine Erhöhung der jährlichen KFA-Mittel für Bibliotheken ein, um die Strukturen der Bibliotheken zu stärken und auszubauen?

6.2. Welche Fördermöglichkeiten sieht Ihre Partei, um durch die Neuerrichtung oder den Ausbau von Bibliotheken Versorgungslücken zu schließen und allen Bürgerinnen und Bürgern gleichwertige Bildungschancen und Lebensverhältnisse zu ermöglichen?

Die SPD Hessen verpflichtet sich in ihrem Wahlprogramm, gleichwertige Bildungs- und Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu schaffen und dem Auseinanderdriften von städtischen Räumen und ländlichen Gebieten entgegenzuwirken. Wir wollen politische Stabilität gewährleisten, indem wir allen Menschen, unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Land wohnen, eine Perspektive geben, und sie am gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben teilhaben lassen. Vor allem wollen wir einen größeren Schwerpunkt auf kulturelle Bildung legen. Bibliotheken gehören wie Volkshochschulen, Museen und Theatern zu den Kulturinstitutionen, die personell und finanziell so stark sein müssen, dass sie ihre (Bildungs-)Aufträge erfüllen können.

Den Kommunalen Finanzausgleich wollen wir reformieren. Die Kommunen als Keimzelle unserer Demokratie brauchen mehr finanzielle Handlungsspielräume.

Zukunftsweisende Kooperationen zwischen Kommunen werden wir besonders fördern. Landesmittel wird die SPD zu fairen Teilen auf Stadt und Land verteilen. Beim KFA werden wir dazu einen Faktor initiieren, der insbesondere strukturschwache und ländliche Räume berücksichtigt.

6.3. Inwiefern wird sich Ihre Partei für die Stärkung der Hessischen Fachstelle für öffentliche Bibliotheken einsetzen?

Die Mitarbeitenden der Fachstelle leisten mit ihrer kompetenten Beratung, ihrer breit aufgestellten Koordinierungsarbeit und der fachlichen und konzeptionellen Begleitung von Projekten eine hervorragende und wertvolle Arbeit für die hessischen Bibliotheken, die wir durch eine auskömmliche finanzielle und personelle Förderung stärken wollen. Bibliotheken sind Schatzkammern des Wissens, die wir zeitgemäß ausstatten wollen.

7. Rechtlicher Rahmen und strategische Bibliotheksentwicklung

7.1. Wie steht Ihre Partei zum aktuellen Hessischen Bibliotheksgesetz und seiner Entwicklungsfähigkeit? Welche Aspekte würden Sie zusätzlich im Bibliotheksgesetz verankern?

Das Bibliotheksgesetz wurde 2020 und 2021 mit geringfügigen Änderungen und trotz erheblicher Kritik, vor allem an der Finanzierung der öffentlichen Bibliotheken, von der schwarzgrünen Landesregierung und wohlwollender Enthaltung SPD verlängert.

Eine verlässliche Förderung durch das Land würde dem im Gesetz genannten Ziel, Information, Bildung und Unterhaltung für jeden und jede zugänglich zu machen, eher Rechnung tragen. Insbesondere der Haushaltsvorbehalt ist kritisch zu sehen. Die Kommunen, für die das eine freiwillige Aufgabe ist, können hoffen, dass vom Land etwas kommt, aber sie können sich nicht darauf verlassen. Das hat zur Folge, dass natürlich in Kommunen, in denen das Geld nicht so fließt, das Angebot an Bibliotheken geringer ist.

Die Anhörungen zu den Gesetzentwürfen in dieser Legislaturperiode hat zudem gezeigt, dass Gebührenfreiheit und Abschaffung von Mahngebühren im Gesetz verankert werden sollte, damit dies für alle Bibliotheken gilt.

Auch den Vorschlag der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestag von 2007, öffentliche Bibliotheken als Pflichtaufgabe statt als freiwillige Aufgabe im Gesetz festzuschreiben, wollen wir prüfen.

7.2. Unterstützt Ihre Partei die Einbindung der Bibliotheken in die Zukunftsstrategien des Landes Hessen im Rahmen eines Bibliotheksentwicklungsplans? Wie wird sich Ihre Partei für die entsprechende Finanzierung eines Bibliotheksentwicklungsplans und die dafür notwendigen Arbeitsstrukturen, Beteiligungsformate und Personalkapazitäten einsetzen?

Die SPD unterstützt die Erstellung eines Bibliotheksentwicklungsplans, wie dies in anderen Bundesländern (z.B. Berlin, Baden-Württemberg) der Fall ist, vor allem um sicherzustellen, dass der ländliche Raum nicht weiter abgehängt wird. Unser Ziel ist es, wie bereits oben erwähnt, gleiche Bildungschancen und Lebensverhältnisse im Land herzustellen und nicht Leuchttürme zu errichten.